

Haushaltsrede 24.11.2016

--

Fraktionsvorsitzende Claudia Flaisch

--

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

Wie im richtigen Leben, gehört Glück dazu um die gewünschten Ergebnisse zu erreichen, das Glück war in den letzten Jahren oft auf der Seite der Stadt Marl. Nicht nur, aber hauptsächlich bei den Gewerbesteuern.

Von Glück können wir auch sprechen, wenn wir sehen wie viele ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger die Stadt durch ihr Engagement unterstützen, vor allem Ende letzten Jahres, als viele Menschen Zuflucht bei uns gesucht haben.

Wir sagen Herzlichen Dank!

Jetzt scheinen aber dunkle Wolken aufzuziehen, beginnend mit einer stetigen Unsicherheit bei der Kreisumlage, steigende Sozialkosten, bis hin zu sinkenden Schlüsselzuweisungen im nächsten Jahr, der vom Stärkungspakt geforderte ausgeglichenen Haushalt ist gefährdet.

Die Schuld an der Misere wird schnell beim LWL gesucht, aber das ist zu kurz gedacht. Wenn die Stadt Marl die Leistungen die sie vom LWL erhält selber stemmen sollte, käme das deutlich teurer als der städtische Anteil an der Umlage.

Nicht die Leistungen des LWL´s sind fatal für unsere Stadt, sondern die Umlagefinanzierung an sich.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir sind immer noch keine Freunde des Stärkungspaktgesetzes geworden, auch wenn die Stadt Geld daraus erhält.

Dieses Geschenk muss teuer erkaufte werden, nach den Steuer und Abgabenerhöhungen aus den letzten Jahren, wurde am Anfang des Jahres die Grundsteuer B von 660 auf 790 Punkte erhöht, das ist nicht nur für die Eigentümer ein schmerzhafter Einschnitt, sondern auch für die Mieter, weil die Erhöhung letztendlich weitergereicht wird.

Weiter müssen die Bürgerinnen und Bürger Einbußen bei der städtischen Servicequalität hinnehmen, weil die Servicezeiten gestutzt wurden.

Entstanden durch wegfallen von Stellen oder durch Verzögerungen bei der Neubesetzung. Das merken wir in vielen Abteilungen. Dadurch entstehen nicht nur längere Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger sondern auch in hohem Maße Arbeitsverdichtung bei den städtischen Beschäftigten.

Da der Stellenabbau noch nicht abgeschlossen ist, fragen wir uns wie es weitergehen soll, wenn noch mehr Stellen wegfallen.

Sollen die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt noch länger auf die Erledigung ihrer Anliegen warten? Die Astrid-Lindgren-Straße bietet da aktuell ein gutes Beispiel. Bleiben dadurch gar wichtige Projekte für die Stadt liegen, wenn immer mehr Arbeit auf immer weniger Schultern abgeladen wird?

Wie wir durch arbeitsmedizinische Erkenntnisse wissen, entstehen durch Arbeitsverdichtung auch Krankheiten, die mitunter langfristig sein können, was zu weiteren Engpässen führen wird.

Positiv sehen wir, dass die Signale scheinbar auch in der Verwaltungsspitze angekommen sind, aber wir wissen, ihnen sind die Hände gebunden, weil der Stärkungspakt den Kommunen Alternativlosigkeit aufzwingt.

Herr Bürgermeister sie bemängeln in ihrer Rede bei der Einbringung des Haushaltsplans zu Recht, dass unsere Stadt mit Aufgaben belastet wird ohne von Land und Bund auskömmliche Finanzmittel zu erhalten.

Wir unterstützen sie in ihrer Forderung nach einer gerechten Finanzierung der Kommunen.

Ein wichtiger Schritt könnte die Anpassung der Landeszuweisungen nach Gemeindefinanzierungsgesetz sein.

Das Land hatte seinerzeit die Zuweisungen von 28,5% auf 23% gekürzt, eine schrittweise Anhebung auf das ursprüngliche Niveau wäre ein richtiger Schritt.

Ebenso richtig wäre, was auch DIE LINKE fordert, wenn der Bund die Mittel aus dem Solidarbeitrag nicht in eine Himmelsrichtung verteilt, sondern dorthin wo die Mittel am dringendsten benötigt werden. Auch im Ruhrgebiet gibt es arme Kommunen die endlich der Solidarität bedürfen.

Die herbeigeführte Armut unserer Kommunalkassen stellt uns vor fast unlösbaren Herausforderungen und ohne weitere Unterstützung von Land und Bund wird die Armut zementiert.

Vielen Familien geht es nicht besser, Armut und besonders die Kinderarmut ist im Kreis Recklinghausen auf einem traurigen Spitzenplatz in Deutschland. Wir denken, dass die immer weiter steigenden Soziallasten hauptsächlich hier seine Ursache hat.

Bei unserer Bundesregierung ist das scheinbar noch nicht angekommen, dazu passt die riesige Kindergelderhöhung von 2€, die bei ALG II Empfänger gar nicht ankommt, weil das Kindergeld insgesamt gegen gerechnet wird. Das ist schon eine Verhöhnung der zurückgelassenen Menschen.

Armut ist im viertreichsten Land der Erde kein Unfall, sondern logische Konsequenz der neoliberalen Politik. Der privaten und der öffentlichen Armut stehen seit Jahren massiv wachsende Vermögenseinkommen gegenüber auch in Marl. Eine gerechte Steuerpolitik ist dringend erforderlich, aber das geht nur durch Umverteilung, wir können uns die wachsenden Vermögen einiger weniger einfach nicht mehr leisten.

Von gleichwertigen Lebensbedingungen, entfernen wir uns immer mehr.

Aber wir wollen nicht nur kritisieren, wir freuen uns, dass sich über linksorientierte Kreise hinaus die Einsicht verbreitet hat, dass dem gigantischen Investitionsstau begegnet werden muss um noch größere Probleme zu vermeiden.

Ein Investitionsvolumen von 24 Millionen Euro zum Beispiel zur Sanierung des Rathauses, der Dreifachturnhallen an der Willi Brandt Gesamtschulen und am Gymnasium am Loekamp, Erneuerung des Lehrküchentraktes Martin Luther King Gesamtschule usw. kann sich sehen lassen.

Neben den genannten und vielen weiteren Maßnahmen hat unsere Fraktion Verantwortung gezeigt und sinnvolle Dinge mitgetragen. Auch DIE LINKE möchte Arbeitsplätze schaffen und Marl lebenswerter machen.

Wir stehen hinter dem ISEK und dem Handlungskonzept Stadtmitte, der damit verbundenen Aufwertung des Marler Sterns, hinter einer schnellen Entwicklung der AV Flächen, hinter den Ansiedlungen im Industriepark Dorsten Marl und auch zur Entwicklung der Westerweiterung die mit der Ansiedlung der Metro ein glückliches Ende gefunden hat.

Da wären wir wieder beim Glück, aber Glück allein hat nicht zu den guten Ergebnissen geführt, sondern auch harte Arbeit. Deshalb geht unser Dank an alle beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung.

Was DIE LINKE durchaus anerkennt ist, dass viele Probleme mit der die Stadt Marl zu kämpfen hat, nicht von hier und auch nicht von den aktuell Verantwortlichen ausgehen.

Allerdings können wir auf Grund der Fortschreibung der Grausamkeiten aus dem Stärkungspaktgesetz dem darauf beruhenden Haushalt nicht zustimmen.